

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/87

Bonn, den 8. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	<u>Schwierige Situation in Brüssel</u> Es geht um die zukünftige Politik Europas Von G. Markscheffel	63
2	<u>Erbschaft aus bösen Tagen</u> Nun auch ein "Fall Schlegelberger junior"	28
3 - 4	<u>Improvisationen - kein Ausweg aus dem Dilemma</u> Lehrermangel und Sozialprestige Von Dr. Paul Kübler, MdB	88
5	<u>Die Feinde der Republik</u> Aus der Tätigkeit illegaler KP-Organisationen	50
6	<u>Anhaltende Wohnungsnot in Griechenland</u> <u>Ergebnisse eines Architekten-Kongresses</u> Von Dr. E. Mathiopoulos	44

***** ZUR BEACHTUNG *****

Der SFD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Ausgabe von Donnerstag, dem 9. Mai 1963 einen Artikel des Ministerpräsidenten von Niedersachsen

Dr. rer. pol. Georg Diederichs

"Erfolgreicher Aufbau durch bewährte Partnerschaft"

Chefredakteur Günter Markscheffel

Schwierige Situation in Brüssel

Es geht um die zukünftige Politik Europas

Von G. Markscheffel

In Brüssel steht zur Zeit der künftige Kurs der europäischen Gemeinschaft zur Debatte. Das nach dem Scheitern der EWG-Aufnahmeverhandlungen Großbritanniens sichtbar gewordene Tief war in der Woche vor Ostern vorübergehend einem gewissen Optimismus gewichen, einem Hoch, das durch Vermittlungsvorschläge von Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder die Stimmung wieder belebt hatte. Jetzt spricht man in Brüssel wieder von einem Tief, denn es hat sich herausgestellt, daß Schröders Vorschläge zwar allgemein als gute Formulierungen anerkannt worden waren, aber nicht den inzwischen bekanntgewordenen harten Realitäten standhalten konnten.

Großbritanniens Europaminister Heath hat vor dem Europarat in Strassburg daran erinnert, daß bisher kein Angebot auf Assoziierung Englands von den EWG-Partnern gemacht worden sei, und daß es keineswegs genüge, "irgendwelche Kontakte" herzustellen, sondern vielmehr darauf ankomme, ein Europa zu schaffen, "das nach aussen blickt und weltweite Beziehungen hat". Unwiderruflich müsse ein solches weltweites Europa mit der atlantischen Allianz verbunden sein; es stehe also im Gegensatz zu Vorstellungen, die man in Paris entwickelt und praktiziert habe.

Das ist eine sehr harte Sprache, die möglicherweise zum Teil von Bedürfnissen der englischen Innenpolitik diktiert ist, im Grunde aber jene Gegensätze charakterisiert, die zwischen Paris und London schon seit dem Tage bestehen, an dem General de Gaulle das französische Staatsruder übernahm.

Nun kommt auch noch die sogenannte Kennedy-Runde hinzu, jener bereits angekündigte Versuch des amerikanischen Präsidenten, für die USA Zollvereinbarungen zu treffen, die den amerikanischen Farmern neue Absatzmärkte eröffnen sollen. In Paris meint man dazu, die bisher bekanntgewordenen Zollsenkungsvorschläge der Amerikaner seien derart, daß sie keinen Schutz mehr für die europäische Agrarproduktion böten.

Während nun die EWG-Kommission ihrerseits an der Forderung festhält, die Agrarbeschlüsse im Rahmen der EWG-Zuständigkeiten noch in diesem Jahre zu fassen, hatte Bundesaußenminister Dr. Schröder am 2. April vorgeschlagen, die noch ausstehenden agrarpolitischen Entscheidungen auf nächstes Jahr zu verschieben. Schröder wollte damit wohl Zeit gewinnen, um einerseits Verhandlungsmöglichkeiten für die amerikanischen Wünsche offen zu halten und andererseits die bereits von der Bundesrepublik im Rahmen der EWG-Agrarpolitik gewährten Vorleistungen auf das Maß zurückzuführen, das der deutschen Landwirtschaft zuträglich ist.

In Brüssel fürchtet man erneut ein französisches Veto. Frankreich will noch in diesem Jahr die Verabschiedung aller restlichen Agrarverordnungen im Rahmen der EWG-Politik erreichen, um der EWG eine bessere Ausgangsposition für künftige Verhandlungen mit den Amerikanern zu verschaffen. Sollte Frankreich sich mit dieser Auffassung nicht durchsetzen können, so ist es immer noch in der Lage, durch einen offiziellen

8. Mai 1963

Einspruch die weiteren Verhandlungen zu blockieren. Auf diese Weise läuft die Bundesrepublik Gefahr, zwischen einige Stühle gesetzt zu werden und man kann sich vorstellen, mit welchen Sorgenpaketen beladen die deutsche Delegation nach Brüssel gefahren ist.

Im Hintergrund aller dieser Fragen steht der legitime Wunsch der Bundesrepublik, das gute Verhältnis zu Frankreich noch weiter zu festigen. Ebenso wichtig ist für Bonn die Entwicklung einer günstigen Atmosphäre im Verhältnis zu Großbritannien und - das alles überragend - der Wunsch und der Wille, dem wichtigsten Bündnispartner der Bundesrepublik, den Vereinigten Staaten, das Gefühl zu geben, in Bonn einen zuverlässigen Partner zu haben.

Will man also die scheinbar nur technischen und wirtschaftspolitischen Gesprächsthemen in Brüssel richtig kennzeichnen, dann müßte man offen sagen, daß wir jetzt vor einer Situation stehen, in der es um die zukünftige Gesamtpolitik Europas geht. Hierbei ist zu berücksichtigen, wie stark auch nationale Interessen einzelner EWG-Partner und der mit der EWG assoziierten Staaten in den Gesamtkomplex hineinspielen.

Es ist zu hoffen, daß hierbei weder der Geist des Vertrages von Rom, noch die Idee der atlantischen Gemeinschaft Einbuße erleiden.

+ + +

Erbschaft aus bösen Tagen

Nun auch ein "Fall Schlegelberger junior"

sp - Etwas muß nicht ganz in Ordnung sein, wenn ein sonst hochintelligenter Mann auf Befragen sagt, er könne sich nicht daran erinnern, an im Dritten Reich gefällten Todesurteilen mitgewirkt zu haben. Genau das wird dem sein Amt nicht ausübenden Innenminister von Schleswig-Holstein, Dr. Schlegelberger junior, von einem Göttinger Strafverteidiger vorgeworfen. Die Vorwürfe liegen schon Jahre zurück, sie wurden schon zur Zeit der Ministerpräsidentschaft Kai-Uwe von Hassels erhoben, aber weder er noch sein Nachfolger Lemke sahen sich veranlaßt, sofort Ermittlungen anzustellen, ja, von Hassel erwirkte nicht einmal die Akten Einsicht, um die der Göttinger Strafverteidiger gebeten hatte.

Die ganze Angelegenheit hat erneut ein böses Schlaglicht auf Schleswig-Holstein geworfen; sie ist umso bitterer, weil Schlegelberger als führender Politiker seiner Partei (CDU) gilt und sich heute als moderner Demokrat benimmt. Die Sache ist fast drei Jahre lang verschleppt worden und es mußte sich erst die Präsidentskanzlei des Bundespräsidenten einschalten, die von dem Göttinger Strafverteidiger über die Vorwürfe unterrichtet wurde. Es hätte, solange Schlegelberger im Zwielficht steht, zu einer Ernennung zum Minister gar nicht kommen dürfen. Hier wurde höchst unglücklich, dem Ansehen Schleswig-Holsteins schädend, verfahren. Ein schnelle Bereinigung scheint unerlässlich zu sein.

+ + +

Improvisationen - kein Ausweg aus dem Dilemma

Lehrermangel und Sozialprestige

Von Dr. Paul Kübler, MdB

Gegen den immer spürbarer werdenden Lehrermangel werden eine Reihe von Improvisationen vorgeschlagen. Relativ unbedenklich wirken die Versuche, ausgeschiedene Lehrkräfte wiederzugewinnen, seien es rüstige Pensionäre oder ehemalige Lehrerinnen, deren eigene Kinder jetzt erwachsen sind. Sicher könnten auch Schulhelfer, Lehrer-Assistenten, Teilzeitlehrkräfte oder kurz ausgebildete Frauen in dem augenblicklichen Engpass eine echte Hilfe sein, wenn wirklich feststände, daß es sich dabei nur um zeitlich begrenzte Übergangsmaßnahmen handelt. Gerade aber in der Schulpolitik hat sich gezeigt, daß die billigsten Übergangsmaßnahmen - eine Vergrößerung der Schulklassen oder die Verkürzung der Unterrichtsstunden - die Tendenz in sich tragen, zu Dauer-einrichtungen zu werden. Damit ist aber niemand gedient, denn was nützt ein neuntes Schuljahr, wenn in ihm nur die ausgefallenen Stunden nachgeholt werden und nicht der durch das moderne Leben vielfach erweiterte Wissensstoff den etwas älteren Kindern in der notwendigen pädagogischen Form dargeboten wird. Außerdem vertiefen diese Notmaßnahmen noch die echten Gründe des Lehrermangels: sie schrecken pädagogisch und wissenschaftlich begabte junge Menschen ab, den Lehrerberuf zu ergreifen.

Diese Behauptung ist zwar exakt nicht belegbar, da es keine bundeseinheitlichen statistischen Unterlagen gibt. Jede konkrete Aussage über die Ursachen des Lehrermangels muß deshalb durch Wenn und Aber eingeschränkt werden. Wenn die Stadtstaaten und Schleswig-Holstein nicht schon das neunte Schuljahr eingeführt hätten, gäbe es dort einen Lehrerüberschuss, aber wenn die jungen Ehepaare nach der ersten Umsiedlung nicht wieder aus Schleswig-Holstein abgewandert wären, sähe es anders aus. Wenn die seit 1955 jährlich um 25.000 Kinder ansteigende Geburtenzahl sich nicht gerade dann in der Schule ausgewirkt hätte, als die zahlenmäßig kleinsten Jahrgänge aus der Zeit vor der Währungsreform die Schule verliessen, wäre der Schlag nicht so hart gewesen. Aber trotz aller einschränkenden und entschuldigenden Erklärungen bleibt doch die harte Tatsache offensichtlich, daß der Lehrermangel gerade in den Ländern geringeren Ausbildungsanforderungen am niedrigsten ist.

Es klingt paradox, ist aber eine Tatsache: Je leichter die Lehrerausbildung, desto höher der Lehrermangel.

Er ist geringfügig in Berlin, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein, noch erträglich in Hessen, Niedersachsen und Bayern, ziemlich unangenehm in Rheinland-Pfalz, aber äusserst bedenklich in Nordrhein-Westfalen und vor allem in Baden-Württemberg. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben die kürzeste Lehrerausbildung. Baden-Württemberg kann frühestens 1966 zum sechs-semestrigen Studium der anderen Länder übergehen. Dies ist keineswegs nur durch eine politische Schuld der letzten Jahre entstanden, sondern die Ursachen liegen auch in einer langen geschichtlichen Entwicklungslinie. In Württemberg blieb das Ansehen des Lehrerstandes sehr lange gering. Wenn auch in den anderen deut-

schen Ländern seit 1748 die meisten Lehrerbildungsanstalten ursprünglich "Küster- und Schulmeisterseminare" hießen, so blieb doch nur in Württemberg der Lehrer bis 1908 gezwungen, auf Befehl des Pfarrers die Kirchenglocken zu läuten.

Württemberg kam in seiner ganzen Geschichte nie über das Stadium des Lehrerseminars hinaus, während in Hessen schon 1908 ein zweisemestriges Studium an einer Hochschule möglich war, das 1919 fakultativ auf vier Semester erweitert wurde und seit 1927 für den wissenschaftlichen Teil der Ausbildung Pflicht ist. Hamburg kennt seit 1926 und Niedersachsen wenigstens in Braunschweig seit 1927 uneingeschränkt die Hochschulausbildung für Lehrer. Zwar verloren zwischen 1934 und 1939 alle Lehrerbildungsanstalten ihren Hochschulrang und wurden 1941 noch unter den Status der früheren Seminare herabgedrückt, aber gerade diese traurige Feststellung bestätigt die Behauptung, daß zwischen der Wahl des Lehrerberufs und dem durch die Ausbildungsanforderung geprägten Ansehen ein Zusammenhang besteht. Nur noch wenige entschlossen sich für den Schuldienst, als der Arbeitsdienstführer mehr galt als der Lehrer.

Nach 1945 wurde in Hamburg entsprechend der Tradition die Lehrerbildung vollkommen in die Universität einbezogen. Hessen gliederte die "Hochschulen für Erziehung" als selbständige Verwaltungseinheiten den Universitäten an. In Bayern ist zwar die 1955 geplante eigenständige pädagogische Hochschule mit Universitätsrang nicht gelungen, aber 65 Prozent der zukünftigen Lehrer sind an einer der drei Landesuniversitäten immatrikuliert.

Die Länder und Gegenden mit einer traditionell oder neu geschaffenen hohen Ausbildungsanforderung für Lehrer haben den geringsten Lehrermangel. Notmaßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels werden zwar nicht zu umgehen sein, aber es sollte doch dabei alles vermieden werden, was den Rang und Wert der Lehrerbildung mindert.

Wenn eine moderne, vielseitige und entwicklungsfähige Lehrerausbildung den Rang der zukünftigen Erziehungsaufgaben vor Augen führt, nämlich noch im Jahre 2000 einerseits das Rüstzeug für einen volltechnisierten Berufskampf zu vermitteln und andererseits die Kräfte von Charakter, Seele und Gemüt zu bewahren, so werden sich mehr fähige junge Menschen für diesen großartigen Beruf entscheiden, als wenn in einer Kurzausbildung ein paar Elementarerbegriffe der Pädagogik vermittelt werden.

Die Feinde der Republik

Aus der Tätigkeit illegaler KP-Organisationen

kr. - Die zuständigen Behörden in Kiel und Hamburg haben vor kurzem die vollständige illegale Landesleitung der KP für Schleswig-Holstein bei einer Arbeitskonferenz in Hamburg festgenommen. Die Oberstaatsanwaltschaft in Flensburg, wohin die fünf Verhafteten - darunter der dreiköpfige Landesvorstand - überführt worden sind, bereitet die Anklageschrift wegen Geheimbündelerei und illegaler Betätigung vor. Das umfangreiche Material, das man bei dem überraschenden Zugriff fand, wird die Arbeit erleichtern und das Verfahren beschleunigen.

Bemerkenswert bei dem Zugriff war, daß man sehr junge Männer festnahm, in deren Händen die illegale Führung der verbotenen KP liegt. Jene alten KP-Funktionäre, die etwa noch bis 1950 im Kieler Landtag saßen oder später die Partei führten, sind offenbar nicht mehr an der Spitze. Jedenfalls ist nicht geklärt, ob die Landesverbände der verbotenen KP mit einer doppelten Garnitur besetzt sind, wobei dann die älteren Funktionäre noch getarnter als die jungen Nachwuchskräfte arbeiten.

Bemerkenswert ist die hochmoderne Nachrichtenausrüstung, die sich die KP in Westdeutschland zugelegt hat. Man griff mehrere Funkgeräte und fand den Schlüssel dabei. Auf dem Wege einer besonderen Zahlensystematik bekommen offenbar die Landesvorstände im Bundesgebiet ihre Weisungen von der KP-Leitung unter Max Reimann beim Zentralsekretariat der SED in Ostberlin. Diese Feststellung deckt sich auch mit Beobachtungen, wonach der Kurierdienst seit der Errichtung der Mauer und der Verbreiterung des Todesstreifens nachgelassen hat, weil er zu riskant wurde.

In dem Zusammenhang ist auch zu sagen, daß die Staatsanwaltschaft in Hamburg einen Strafprozeß gegen die Pro-kommunistische Zeitschrift "Blinkfuer", vorbereitet, die in Hamburgs Reeperbahn herauskommt und sozusagen die noch legale ideologische Stütze der im Untergrund stehenden Kommunisten an der Wasserkante ist. Der Prozeß wird schwierig und muß anhand unzähliger Zitate aus dem Blatt geführt werden, um die Verfassungsfeindlichkeit nachzuweisen - es sei denn, man findet noch direkte Kontakte von der Reeperbahn nach Pankow. Auf der anderen Seite muß bei dem Strafverfahren natürlich auch das Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit beachtet und geachtet werden.

Während der illegale Apparat der KP in Schleswig-Holstein zerschlagen wurde, sind die Kommunisten in Nordrhein-Westfalen dabei, ihren Apparat wiederaufzubauen. Nach Ansicht zuständiger Stellen arbeiten an Rhein und Ruhr schon wieder vierzig Kreisleitungen, wobei es für die Verbindungsmänner zur Zone Gehälter bis zu 3.000 DM im Monat gibt. Dabei erhält die illegale KP-Organisation nach wie vor eine Unterstützung durch das verbotene Zentralorgan der KPD "Freies Volk", das im Bundesgebiet immer noch illegal mit einer Auflage bis zu 20.000 Exemplaren gedruckt wird.

Zu diesem Thema gehört dann auch noch der Bericht des ehemaligen Landesvorsitzenden der Deutschen Friedens Union in Niedersachsen Gerhard Bednarski. Er bezeichnete die DFU in Hannover jetzt als einen von Ostberlin gesteuerten und verschleierten kommunistischen Apparat. Millionenbeträge seien in den letzten Jahren sehr wahrscheinlich aus dem Osten in die DFU geflossen und in Niedersachsen habe die Partei nur drei Prozent der verbrauchten Gelder aus eigenen Mitteln aufgebracht. Der überwiegende Teil der DFU-Funktionäre stammt nach den Worten von Bednarski aus der früheren KPD oder der Freien Deutschen Jugend.

Anhaltende Wohnungsnot in Griechenland

Ergebnisse eines Architekten-Kongresses

Von Dr. B. Mathiopoulos

Nachdem man schon im vergangenen Jahr durch einen Bericht der Wohnungscommission der UNO über die in Griechenland herrschenden Mißstände auf dem Gebiet der Wohnraumbeschaffung informiert worden war, brachte der Ende April dieses Jahres in Thessaloniki abgehaltene zweite Kongreß griechischer Architekten erneut katastrophale Verhältnisse aus Licht. Auf diesem Kongreß nämlich wurde bekannt, daß sich Griechenland hinsichtlich der dort herrschenden Wohnungsbedingungen an vorletzter Stelle aller europäischen Länder befindet. Griechenland zählt heute 105.600 Familien, die völlig ohne Obdach sind und nur eine notdürftige Unterkunft bei anderen Familien in einer jeder Zivilisation Hohn sprechenden Form gefunden haben. 109.200 weitere Familien wohnen in Behausungen, die den hygienischen Anforderungen nicht entsprechen. Und es gibt eine Million Einzimmer-"Wohnungen", die durchschnittlich von vier bis fünf Personen bewohnt werden. Nur drei Prozent aller griechischen Wohnungen verfügen über ein Badezimmer. Die Wohnungsnot ist in Wirklichkeit noch schrecklicher, als aus den Statistiken hervorgeht.

Nach dem Kriege haben sich auch in Griechenland vielerlei Institutionen mit dem Wohnungsproblem befaßt und sich bemüht - in dauernder Überschreitung der jeweiligen Kompetenzen - das Problem zu studieren, ein Programm zu entwickeln und in zielbewußter Planung zu seiner Lösung beizutragen. Ministerien, öffentlich-rechtliche Organisationen, Wohnungsbauinstitute, Wohnungsfinanzierungsbanken und Bausparkassen waren auf diesem Gebiet tätig. Immerhin ist es in dem Jahrzehnt von 1951 bis 1961 privater Initiative gelungen, 600.000 Familien ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Im übrigen hat die öffentliche Hand ungeheure Investitionen zum Bau von Privatwohnungen vorgenommen, jedoch zumeist für Wohnungen in den Großstädten, besonders in Athen. Der Wohnungsbau auf dem Lande wurde dagegen größtenteils vernachlässigt. Die luxuriöse Bauweise mancher Etagenwohnungen in Athen überflügelt die Neubauwohnungen vieler westlicher Hauptstädte.

Der Kongreß rechnete aus, daß Griechenland noch weitere 210 Jahre benötige, um jedem Griechen eine Wohnung zu verschaffen, wenn in dem bisherigen Tempo der Wohnungsnot abgeholfen wird. Um der Wohnungsfrage nur einigermaßen zu begegnen, müssen in den nächsten Jahren 440.000 neue Wohnungen erstellt werden. Der Kongreß war der Meinung, alle Institutionen, die sich bisher mit der Wohnraumbeschaffung befaßt hätten, müßten sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenfinden, die auch das Studium der brennendsten Probleme und eine entsprechende Planung übernehmen sollte.

Die Regierung befaßt sich mit einem Gesetzentwurf zur Regelung des Wohnungsproblems. Hierzu erklärte der Kongreß, vor Einbringung des Entwurfs im Parlament müsse dieser mit einem Komitee von Wissenschaftlern und Experten diskutiert werden, die sich mit dem Studium aller damit zusammenhängenden Fragen bereits befaßt hätten.